

Prävention ist wirksam

Autor(en): **Künzel-Böhmer, Jutta / Bühringer, Gerhard / Janik-Konecny, Teresa**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **DrogenMagazin : Zeitschrift für Suchtfragen**

Band (Jahr): **20 (1994)**

Heft 3

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-801221>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Prävention ist wirksam

Expertise zur Primärprävention des Substanzmissbrauchs (Kurzfassung Teil II), Durchgeführt im Auftrag der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Köln

VON JUTTA KÜNZEL-BÖHMER,
GERHARD BÜHRINGER, TERESA
JANIK-KONECNY

Inhalt Teil I (im DrogenMagazin 2/94):

1. Zielsetzung
2. Durchführung
3. Analyse wichtiger
primärpräventiver Konzepte
4. Schlussfolgerungen
 - Personale Kommunikation
 - Massenkommunikation

Inhalt Teil II (in dieser Nummer)

5. Vorschläge
 - Exkurs: Organisation der
Prävention in Deutschland
 - Vorschläge

Exkurs: Organisation der Prävention in Deutschland

Für die Vorschläge zur Verbesserung der Prävention in Deutschland ist zum einen eine Analyse des wissenschaftlichen Kenntnisstandes notwendig, die Inhalt dieser Expertise ist. Zum anderen ist aber auch eine Analyse der organisatorischen Grundlagen der Prävention notwendig, da nur auf diesem Hintergrund Verbesserungsvorschläge in die

Praxis umgesetzt werden können. Eine Analyse der Organisation der Prävention in der Bundesrepublik war nicht Gegenstand dieser Expertise. Da Vorschläge zur Prävention aber auch organisatorische Angaben enthalten müssen, muss vorweg auf die Organisation der Prävention in Deutschland eingegangen werden.

Auf Bundesebene entwickelt die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung präventive Strategien und daraus abgeleitete Materialien, vor allen Dingen im Bereich der Massenkommunikation (z.B. Broschüren und Filme) aber auch im Bereich der personalen Kommunikation (z.B. Theaterstücke für Kinder und Jugendliche). Neben der BZgA werden auf Landes- bzw. Verbandsebene nur wenige Materialien für die Primärprävention entwickelt. Sie ist auch die einzige nennenswerte Organisation, die zumindest im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung dieser Materialien und Erprobungen eine, insgesamt gesehen, bescheidene Forschung zur Prävention (Interventionsforschung) durchführt beziehungsweise fördert. Ausserhalb der BZgA gibt es nur ganz wenige Forschungsansätze, die sich aber weniger mit Interventionen, als viel mehr mit der Analyse von Entwicklungsverläufen von Kindern und Jugendlichen befassen, und damit auch indirekt Schlussfolgerungen für die Entwicklung des Drogenmissbrauchs erlauben.

Prävention ist Aufgabe der Länder, die diese an verschiedene Institutionen delegieren. Auf der lokalen Ebene gibt es vor allem die Drogenberatungsstellen, die aber vorwiegend im Bereich der Sekundärprävention engagiert sind. Sie sind auch für primärpräventive Ansätze, etwa in der Schule oder im Kindergarten sowohl personell wie kompetenzmässig und von der Notwendigkeit eines langfristigen Ansatzes her überfordert. Die lokalen Gesundheitsämter

haben zwar in ihrem Aufgabenkatalog die Verantwortung für präventive Massnahmen, nehmen sie aber im Bereich der Drogenprävention praktisch nicht wahr. Es fehlt sowohl an personeller Kapazität wie sachlicher Kompetenz. Auch die verschiedenen Verbände tragen nur sehr wenig zur primären Prävention bei, da ein grosser Teil von ihnen im Therapiebereich tätig ist. Die Landeszentralen für gesundheitliche Aufklärung und ähnliche Organisationen sind ebenfalls von der personellen Kapazität unterbesetzt und von der fachlichen Voraussetzung her kaum in der Lage langfristig angelegte präventive Massnahmen auf lokaler Ebene organisatorisch zu planen und durchzuführen.

Insgesamt muss die Situation der Prävention in Deutschland im Hinblick auf deren organisatorische Grundlage als desolat bezeichnet werden. Es gibt aber zunehmend mehr neuere Ansätze, die möglicherweise in der Zukunft dieses Problem reduzieren. So hat zum Beispiel der Stadtrat der Stadt München vor wenigen Monaten eine Konzeption für die Drogenhilfe verabschiedet, die unter anderem auch eine Verbesserung der organisatorischen Grundlagen für örtliche präventive Massnahmen vorsieht. Es soll eine selbständige Organisation mit mehreren Mitarbeitern geschaffen werden, die nur für präventive Massnahmen zuständig sind. Die Organisation soll von der Stadt und von interessierten Verbänden gemeinsam getragen werden. Ähnliche Konzepte in anderen Städten sind geplant beziehungsweise existieren seit längerer Zeit, zum Beispiel in Baden-Württemberg, Bremen und Berlin. Insgesamt spielen sie aber für eine ausreichende Sicherstellung präventiver Massnahmen in der Bundesrepublik noch keine Rolle.

Diese kurz gefasste Darstellung der organisatorischen Grundlagen macht

deutlich, dass alle Vorschläge zur Verbesserung der fachlichen Qualität der Prävention in Deutschland auch Vorschläge zur Verbesserung der Organisation enthalten müssen.

Vorschläge

Die Vorschläge basieren auf fachlichen Überlegungen und berücksichtigen nicht die organisatorischen bzw. juristischen Zuständigkeiten für präventive Massnahmen in Deutschland.

Grundlagen

1. Ziel aller präventiven Massnahmen muss die Stärkung derjenigen protektiven Faktoren bei Kindern und Jugendlichen sein, die einen späteren Drogenmissbrauch verhindern

Es ist die Aufgabe aller präventiven Massnahmen, Kindern und Jugendlichen den Erwerb von Wissen, Einstellungen und Kompetenzen zu ermöglichen, die einen späteren Drogenmissbrauch verhindern. Dies soll vor allem dadurch erreicht werden, dass die aus der bisherigen Forschung bekannten protektiven Faktoren beim einzelnen Kind und Jugendlichen gestärkt werden (u.a. altersadäquate Problemlöse-, Kommunikationsfähigkeiten, positives Selbstkonzept). Die Prävention des Drogenmissbrauchs muss in ein allgemeines Konzept der Gesundheitserziehung eingebettet werden.

2. Zentraler Bestandteil von präventiven Massnahmen muss die Förderung von Lebenskompetenzen sein

In Zukunft soll darauf geachtet werden, dass in präventiven Massnahmen vor allem die Förderung der Kompetenzen zur Lebensbewältigung (z.B. Selbstsicherheits-, Problemlöse-, Kommunikationstraining, Stressmanagement etc.) einbezogen werden. Im Rahmen dieses generellen Konzepts sind Informatio-

nen zu Drogen und zum Drogenmissbrauch sorgfältig zu planen und altersadäquat einzusetzen, wobei vor allem alle Ansätze zur Angsterzeugung unbedingt zu vermeiden sind. Informationen sollen sich auf die Beschreibung der Substanzen, auf kurzfristige für die jeweilige Altersgruppe erlebbare Konsequenzen sowie auf den Umfang des Konsums in der Bevölkerung beschränken.

3. Die Prävention muss substanzspezifische und substanzunspezifische Anteile enthalten

Wirksame präventive Massnahmen haben einen substanzspezifischen Anteil (vor allem «Standfestigkeitstraining») und einen in der Regel sehr viel umfangreicheren substanzunspezifischen Anteil, der sich mit der Förderung von Kompetenzen zur allgemeinen Lebensbewältigung befasst. Je nach Altersgruppe ist der substanzspezifische Anteil unterschiedlich hoch, im frühen Kindesalter entfällt er völlig. Grundsätzlich überwiegt der substanzunspezifische Anteil deutlich. Untersuchungen über Konzepte mit einem solchen breiten Ansatz zeigen, dass neben der Reduzierung des Drogenmissbrauchs auch Verbesserungen in anderen Bereichen des Lebens von Kindern und Jugendlichen erreicht werden, etwa im Hinblick auf destruktive Handlungen. Die Prävention des Drogenmissbrauchs in der hier verstandenen Form trägt deshalb auch zur Reduzierung von sonstigen Problemen von Kindern und Jugendlichen bei, bzw. zur besseren Bewältigung dieser Probleme.

4. Prävention muss frühzeitig langfristig angelegt sein und kontinuierlich durchgeführt werden

Im Gegensatz zu heute, wo präventive Massnahmen zum Drogenmissbrauch vor allen Dingen die Altersgruppen 12/14 bis 20 erfassen, sollte in Zukunft ein

sehr viel früherer Altersbereich im Mittelpunkt stehen. Kurzfristige präventive Aktionen und Massnahmen zeigen kaum einen Effekt, so dass sie in Zukunft unterbleiben können. Prävention muss eine integrierte und langfristige Aufgabe elterlicher Erziehung sowie eine langfristig angelegte pädagogische Aufgabe in Schulen, Kindergärten und ähnlichen Einrichtungen werden. Prävention darf nicht mehr eine spezielle Handlung, Massnahme oder Aktion sein, sondern integrierter Bestandteil des täglichen Lebens in der Familie und in der Schule bzw. ähnlichen Einrichtungen. Prävention muss Gemeinschaftsaufgabe aller Bürger werden.

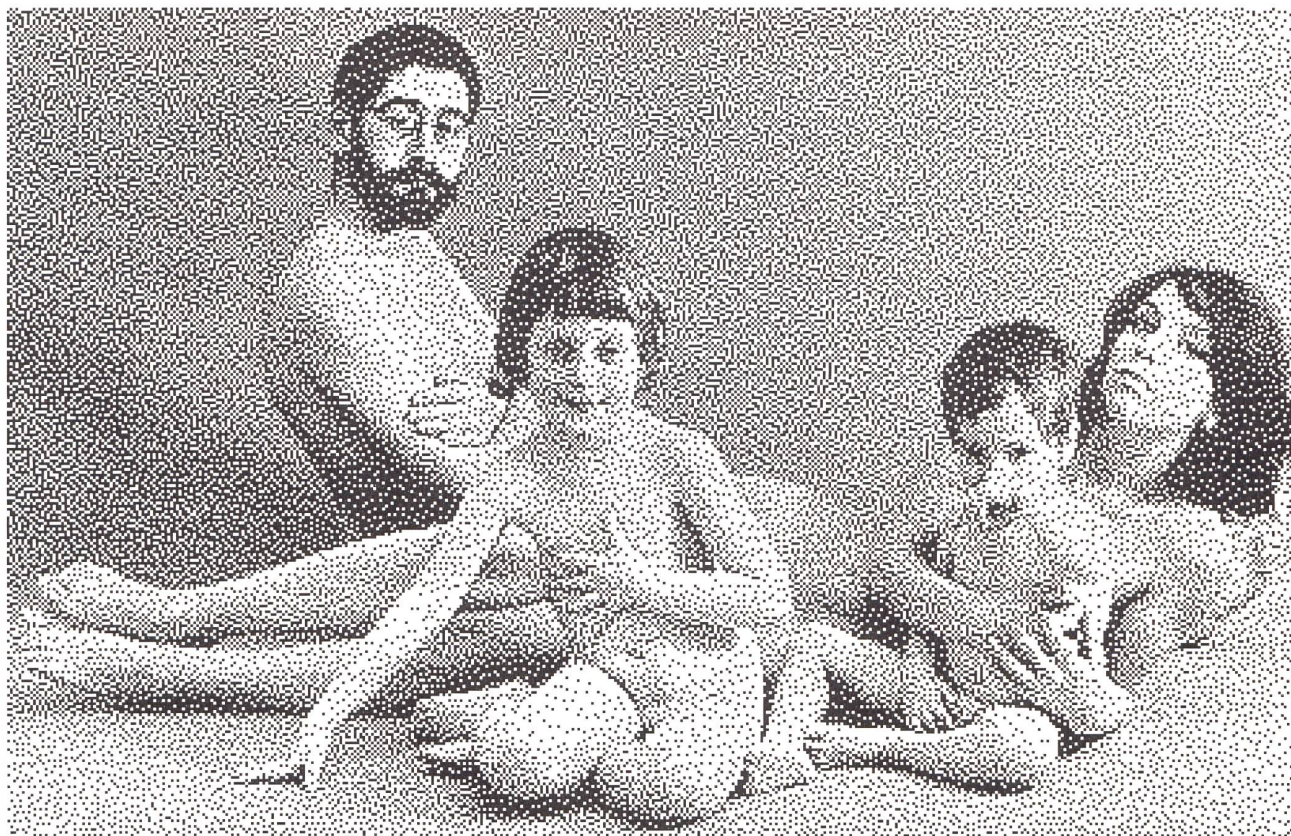
Zielgruppe

5. Die Zielgruppe muss in Zukunft auch den Altersbereich unter 10 bis 12 Jahren berücksichtigen

Die Untersuchungen deuten darauf hin, dass entscheidende Grundlagen für die Gefahr eines Drogenmissbrauchs in der frühen Kindheit gelegt werden, so dass präventive Massnahmen für Kinder spätestens ab dem 5. Lebensjahr beginnen müssen.

6. Durch den frühzeitigen Beginn der Prävention erhalten Eltern sowie Mitarbeiter von Kindergärten und Schulen einen besonderen Stellenwert

Während der überwiegende Anteil der präventiven Massnahmen bisher eher bei Jugendlichen ansetzt und deswegen entsprechende Bezugspersonen wie Mitarbeiter in Jugendzentren und ähnliches angesprochen wurden, müssen in Zukunft stärker Eltern und Mitarbeiter von Institutionen im Kinderbereich in präventive Massnahmen einbezogen werden. Dies bedeutet unter anderem die Entwicklung von Seminaren und Kursen für Eltern um ihnen entsprechend der präventiven Ziele Anregungen für eine verbesserte Erziehung zu



geben. Dies bedeutet aber auch die Schulung von Kindergärtnern und Lehrern. Um dieses Ziel auch effizient zu erreichen, dürfen präventive Massnahmen nicht nur im Rahmen der Fortbildung vermittelt werden, sondern müssen integrierter Bestandteil der Grundausbildung von Rindergärtnern und Lehrern werden. Dies hat insbesondere für den Lehrerberuf radikale Konsequenzen, als der Schwerpunkt der heutigen Lehrerausbildung sowie ihrer pädagogischen Sichtweise in der Vermittlung und Verarbeitung von Informationen liegt, nicht aber in der Vermittlung von Lebenskompetenzen. Die Veränderung der Lehrerausbildung im Hinblick auf die genannten Forderungen stellt eine entscheidende Grundlage für eine effiziente Prävention des Drogenmissbrauchs dar.

Interventionsorte

7. Die Familie ist der erste und für lange Jahre wichtigste Interventionsort für präventive Massnahmen
Will man eine ernstzunehmende und breit angelegte Prävention des Drogenmissbrauchs in der Bundesrepublik erreichen, müssen die ersten und für lange Jahre wichtigsten Massnahmen in der Familie angesetzt werden. Dies bedeutet, dass Erziehung in der Familie nicht

mehr dem Zufall überlassen werden kann, sondern dass Eltern durch Seminare in die Lage versetzt werden, ihr Erziehungsverhalten in Hinblick auf die notwendigen Voraussetzungen für eine effektive Drogenprävention zu verbessern. Darüber hinaus ist es aber auch notwendig, die Rahmenbedingungen zu verbessern. In einer Familie mit jungen Kindern, in der beide Elternteile ganztags beruflich tätig sind, sind die Voraussetzungen für eine wirksame Prävention denkbar schlecht. Prävention braucht nicht nur Kompetenzen bei den Eltern, sondern auch Zeit, Ruhe, ökonomische und soziale Sicherheit als wichtige Rahmenbedingungen.

8. Nach der Familie sind der Rindergarten und die Schule die wichtigsten Orte für präventive Massnahmen

Diese Erkenntnis aus der Forschung stellt besonders an die Schule erhebliche Anforderungen in Hinblick auf Veränderungen. Wenn Schule Wissen, Einstellungen und Lebenskompetenzen zur Prävention des Drogenmissbrauchs vermitteln soll, dann ist es notwendig, neben der Lehrerausbildung auch die Struktur des Unterrichts zu verändern. Neben einem spezifischen Fach Gesundheitserziehung, in dem auch die

Inhalte zur Prävention des Drogenmissbrauchs einbezogen werden können, muss die Idee der Prävention über die Vermittlung von Lebenskompetenz, die ja nicht nur für die Verhinderung des Drogenmissbrauchs sinnvoll ist, integrierter Bestandteil des Unterrichts werden, zumindest bis etwa zum 15. Lebensjahr. Alle punktuellen Aktionen wie Aufklärungswochen, Vorträge von externen Referenten (zum Beispiel Drogenberatungsstellen) und ähnliche eher plakative und zeitbefristete Massnahmen sind abzuschaffen, da sie im besten Fall wirkungslos, mit hoher Wahrscheinlichkeit eher kontraproduktiv sind. Dies gilt auch für polizeiliche Vorträge über die Gefahren des Missbrauchs einzelner Drogen. Abschreckungskonzepte dieser Art sind günstigstenfalls wirkungslos.

9. Bezugsgruppen von Kindern und Jugendlichen sind stärker in die Prävention einzubeziehen

Untersuchungen aus den USA zeigen, dass präventive Massnahmen, etwa ein Seminar in Schulen, die von altersgleichen Jugendlichen durchgeführt werden, bessere Ergebnisse bringen als die von nicht oder wenig in der Prävention geschulten Lehrern durchgeführten. Insofern muss versucht werden, in mög-

lichst alle Aktivitäten auf Schul- und Gemeindeebene Kinder und Jugendliche aktiv einzubeziehen.

Es muss untersucht werden, ob und gegebenenfalls wie dieses Konzept für die Bundesrepublik modifiziert werden muss.

Organisation der Prävention

10. Die BZgA soll sich im personalkommunikativen Bereich auf Entwicklungsaufgaben beschränken, aber eine ständige Beratungsgruppe für Massnahmen auf lokaler Ebene zur Verfügung stellen

Im personalkommunikativen Bereich der Prävention ist die lokale Umsetzung präventiver Massnahmen eine unabdingbare Voraussetzung. Die BZgA sollte deshalb ihre Tätigkeit in diesem Bereich auf die Entwicklung von Konzepten, Manualen und Unterlagen sowie auf die Erprobung in wissenschaftlich begleiteten Modellvorhaben konzentrieren. Falls sie derzeit noch erprobte Unterlagen und Konzepte für die laufende Anwendung betreut, sollte sie diese Tätigkeiten aufgeben. Dies sollte in Zukunft durch lokale Gremien wahrgenommen werden (siehe nächster Punkt).

Stattdessen wird vorgeschlagen, dass die BZgA eine Gruppe von Fachleuten zur Verfügung stellt, die als Beratergremium für die Auswahl, Planung, Durchführung und Bewertung von präventiven Massnahmen auf lokaler Ebene zur Verfügung steht. Da das präventive Wissen auf dieser Ebene derzeit unzureichend ist, soll mit dieser Massnahme erreicht werden, dass in relativ kurzer Zeit der aktuelle Kenntnisstand in Hinblick auf die Prävention des Drogenmissbrauchs auf lokaler Ebene weitergegeben werden kann. Dies sollte zumindest für eine Übergangszeit von 5 bis 10 Jahren erfolgen. Hierfür ist eine individuelle Beratung notwendig, da die jeweiligen örtlichen Bedingungen sehr unterschiedlich sind. Die BZgA

konnte eine solche Beratungsgruppe entweder aus eigenen Mitarbeitern zur Verfügung stellen oder eine Gruppe aus externen Fachleuten an Universitäten und ähnlichen Institutionen zusammenstellen, die jeweils im Auftrag der BZgA tätig sind. Eine solche Beratungsgruppe wird als eine der wenigen Möglichkeiten gesehen, den aktuellen Kenntnisstand zur Prävention möglichst rasch und flächendeckend in konkrete präventive Massnahmen umzusetzen. Dazu müssen Seminare über Präventionskonzepte und daraus abzuleitende Massnahmen entwickelt und angeboten werden.

11. Es müssen neue lokale Gremien geschaffen werden, die nur für präventive Massnahmen zuständig sind

Zur Koordination der örtlichen präventiven Massnahmen auf Gemeinde- oder Landkreisebene sollten neue Institutionen geschaffen werden. Sie sollten auf jeden Fall von therapeutisch tätigen Institutionen unabhängig sein. Es gibt derzeit noch zu wenig Erfahrungen, wie solche Institutionen organisatorisch eingebettet sein könnten. Möglich wäre eine Behörde des Stadtjugendamtes oder des Gesundheitsreferates, eine gemeinsam von den beiden Institutionen geleitete Behörde, ein unabhängiger Verein, der von öffentlichen Einrichtungen und Verbänden getragen wird, oder ähnliche Konstruktionen. Da es dazu noch zu wenig Erfahrungen gibt, wird vorgeschlagen, im Rahmen eines Demonstrationsmodells die Entwicklung und Erprobung von inhaltlichen Konzepten mit der Erprobung organisatorischer Strukturen zu verbinden.

Massenkommunikation

12. Der Einsatz von Massenmedien als primärpräventive Strategie soll sich auf zwei Zielgruppen beziehen: die breite Öffentlichkeit sowie Kinder und Jugendliche als direkt Betroffene

Massenmediale Aktionen können und sollen in erster Linie die Aufmerksamkeit breiter Bevölkerungsschichten auf das Präventionsthema richten, sie aufgeschlossen für den Präventionsgedanken machen, mit dem Ziel, dass Prävention als Gemeinschaftsaufgabe aller betrachtet und somit ein Klima für eine «Trendwende» geschaffen wird. Darin ist die Hauptfunktion von Massenmedien-Kampagnen in bezug auf das Missbrauchsverhalten zu sehen.

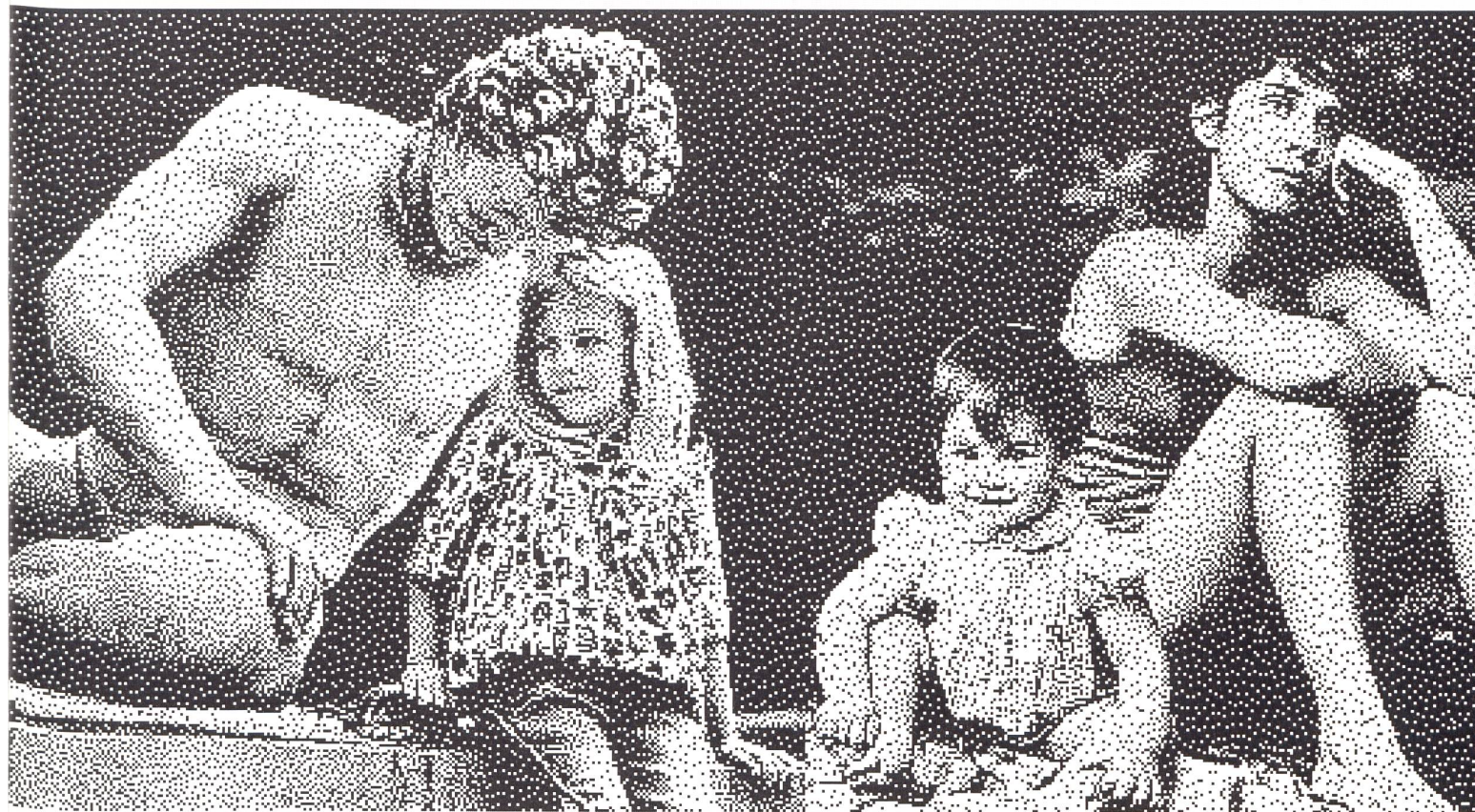
Direkte Verhaltensänderungen bei Kindern und Jugendlichen lassen sich ohne zusätzliche Massnahmen auf personaler Ebene kaum erwarten, vor allem dann, wenn Jugendliche bereits mit Drogen experimentieren. Dieses Zusammenwirken ist aber nur dann erfolgreich, wenn beide Bestandteile in Planung und Ausführung gut sind. Für die Massenmedien Aktion bedeutet dies, dass in ihrem Vorfeld genaue Zielgruppenanalysen durchgeführt werden müssen, die gewährleisten, dass vorhandene Motive, Bedürfnisse und nicht zuletzt auch aktuelle Trends, die innerhalb dieser Gruppe vorherrschen, vor allem berücksichtigt werden. Dies gilt ebenso für bereits existierende Überzeugungen, die im Prinzip bereits in die erwünschte Richtung gehen und die nach ihrer Identifikation besonders verstärkt werden müssen.

Wissenschaftliche Forschung als Voraussetzung von Kampagnen ist somit unerlässlich, jedoch auch während ihrer Laufzeit sollte sie wissenschaftlich begleitet werden, um eventuellen Fehlentwicklungen rechtzeitig entgegensteuern zu können.

Forschung

13. Die Forschung zur Primärprävention muss in Deutschland erheblich ausgeweitet werden

Deutschland ist im Vergleich zu anderen europäischen Ländern und den USA ein Entwicklungsland im Hin-



blick auf die Quantität und Qualität der Forschung zur Prävention des Drogenmissbrauchs. Dies gilt sowohl für Studien über den Zusammenhang zwischen einzelnen protektiven Faktoren (zum Beispiel im Familienbereich) und der Entwicklung eines Drogenmissbrauchs beziehungsweise anderer Entwicklungsstörungen als auch für die Interventionsforschung über die Effektivität und Effizienz präventiver Massnahmen. Es sind deshalb alle Anstrengungen notwendig, diese beiden Aspekte präventiver Forschung zu fördern. Darüber hinaus muss dem Trend nachgegangen werden, dass zunehmend Erwachsene im Alter ab 25 Jahren ein Missbrauchsverhalten (vor allem Kokain) beginnen. Hierzu liegen kaum Kenntnisse vor, weder zum Umfang des Problems, noch zum Entwicklungsverlauf oder zu präventiven Ansätzen.

Das geringe Interesse der Präventionsforschung an den Universitäten ist bedauerlich, kann aber kaum durch externe Aktivitäten verbessert werden. Eine Möglichkeit besteht darin, im Rahmen des geplanten Forschungsschwerpunktes beim BMFT die Präventionsforschung entsprechend dem geringen

Kenntnisstand überproportional zu berücksichtigen. Im Bereich der mehr anwendungsorientierten Interventionsforschung sollte durch Mittel der BZgA und/oder des BMG vor allem zwei Arten von Forschungsvorhaben gefördert werden:

- Forschungsprojekte, in denen unterschiedliche Formen präventiver Massnahmen möglichst unter experimentellen Bedingungen erprobt und deren Auswirkungen langfristig nachuntersucht werden
- Wissenschaftliche Begleitung von neu einzurichtenden Modellvorhaben, in denen unter Praxisbedingungen auf lokaler Ebene umfassende präventive Ansätze erprobt und analysiert werden, wobei gleichzeitig organisatorische Aspekte der Administration präventiver Aufgaben mit einbezogen und untersucht werden.

Finanzierung

14. Prävention des Drogenmissbrauchs erfordert erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen

Eine Prävention, die nicht nur Feigenblattcharakter hat und sich auf spektakuläre Aktionen beschränkt, muss finanziell, personell und administrativ

entsprechend ausgestattet werden. Ohne eine entsprechende finanzielle Grundlage bleibt die Forderung nach Prävention, wie sie derzeit im öffentlichen Raum ständig erhoben wird, nur Lippenbekenntnis. Es geht darum, sehr viel menschliches Leid bei Drogenabhängigen und ihren Familien zu verhindern. Diese Verhinderung wird gleichzeitig erhebliche finanzielle Mittel einsparen, die den Aufwand für die Prävention rechtfertigen. Unabhängig von dieser ökonomischen Betrachtungsweise ist es aber eine Gemeinschaftsaufgabe aller, die mit dem Drogenmissbrauch verbundene Zerstörung der Lebensperspektiven von Jugendlichen zu verhindern.

Auch wenn eine direkte Zuordnung von finanziellen Mitteln für präventive Massnahmen aus den Einnahmen der Alkohol und Tabaksteuer rechtlich wahrscheinlich nicht möglich ist, wird vorgeschlagen, einen bestimmten Anteil jährlich für präventive Zwecke zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus sollten sich neben Ländern und Gemeinden in Zukunft auch die Krankenkassen an der Finanzierung der örtlichen Einrichtungen beteiligen.